

Dienstag, 3. März 2026

«Es ist ein unhaltbarer Zustand»

Bis 2040 könnten 8700 Ärztinnen und Ärzte fehlen – nun soll die Uni Zürich mehr Studierende zulassen.

Sven Hoti

Die Schweiz benötigt dringend Ärztinnen und Ärzte. Insbesondere in der Allgemeinmedizin, Pädiatrie und Psychiatrie sowie in ländlichen Gebieten. Gemäss einer Studie von PricewaterhouseCooper (PwC) könnten hierzulande bis 2040 rund 8700 Fachkräfte fehlen. Der Mangel ergibt sich unter anderem aus der immer grösser und älter werdenden Bevölkerung, der steigenden Nachfrage sowie mehr chronischen Patientinnen und Patienten.

Im Kanton Zürich möchte das Parlament mit einer Reform Gegensteuer geben: Bis 2036 will es die Anzahl Studienplätze in der Humanmedizin an der Universität Zürich (UZH) von heute 430 auf neu 700 erhöhen. Damit einhergehen ein überarbeitetes Curriculum – der Lehrplan – sowie zusätzliche Infrastruktur und mehr Personal.

Die Planung dazu kann jetzt starten: Der Kantonsrat hat am Montag einen Kredit von 25 Millionen Franken für die erste Phase des Projekts einstimmig bewilligt. Die Planung soll bis 2029 dauern. Die Reform des Curriculums und der Aufbau der Studienplätze sollen von 2030 und 2036 geschehen.

Lernzentrum enthält Simulationsklinik

Das neue Curriculum soll praxis- und kompetenzorientierter werden. Schon früh sollen Studierende Profile und Schwerpunkte bestimmen können. Der Fokus soll stärker als heute auf der medizinischen Grundversorgung liegen. Insgesamt 2050 Masterabschlüsse pro Jahr sind gesamtschweizerisch als Ziel definiert. Zum Vergleich: 2025 waren es 1350.

Für die zusätzlichen Studienplätze braucht es mehr Raum und Personal. Konkret: plus 24'000 Quadratmeter, 10 neue Professuren im Lehrbereich sowie 140 zusätzliche Vollzeitstellen. Die medizinische Fakultät soll dafür ein «Lernzentrum Medizin UZH» erhalten. Wichtiger Bestandteil die-



Das Medizinstudium an der Universität Zürich wird von heute 430 auf neu 700 Studienplätze ausgebaut.

Symbolbild: Keystone

ses Zentrums soll die integrierte Simulationsklinik werden. Studierende können dort Situationen aus dem Klinikalltag an Simulationen trainieren.

Platz für das Zentrum böte der Campus Irchel, doch fiel dieser aus «planerischen, finanziellen und zeitlichen Gründen» weg, wie der Vorlage zu entnehmen ist. Nun soll sich die UZH für mindestens 20 Jahre «in ein noch zu erstellendes» Gebäude einmieten. Wer das Gebäude bauen soll, ist noch nicht bekannt. 18 der 25 Millionen Franken des Kredits sind für die Möblierung und Ausstattung dieses zusätzlichen Gebäudes vorgesehen. Die restlichen 7 fließen in den Umzug, die Signalistik und sonstige Projektkosten.

Anstoss für diese Reform war eine Motion der Aescher Mitte-Kantonsrätin Janine Vannaz. Sie hatte in ihrem Vorstoss gefordert, die Zahl der Studienplätze in der Humanmedizin zu erhöhen, und zwar um mindestens so viel wie bei der letzten Erhöhung per Herbstsemester 2017/2018. Damals kamen 72 zusätzliche Plätze dazu. Der Kantonsrat überwies die Motion im Juli 2022 und der Universitätsrat gab den Auftrag weiter an die Universitätsleitung.

«Trotz eines exzellenten Gesundheitssystems haben wir einen Mangel an in der Schweiz ausgebildeten Ärztinnen und Ärzten», sagte Vannaz im Rat. 45 Prozent der hiesigen Ärzteschaft stammten aus dem Ausland. «An jungen Gymi-Abgängerinnen und -Abgängern mangelt es nicht, wohl aber an Ausbildungsplätzen.» Das nun geplante Projekt «Med500+» bezeichnete Vannaz als «Meilenstein der Medizin in Zürich».

Bedenken wegen Berufsabgängen

Weder die Ratslinke noch -rechte hatte am Montag Einwände gegen den Kredit und den damit einhergehenden Planungsstart. Hauptargumente waren dabei der Mangel in bestimmten medizinischen Bereichen sowie die Abhängigkeit von ausländischen Fachkräften.

«Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass wir in der Schweiz weniger Ärztinnen und Ärzte ausbilden, als wir Bedarf haben», sagte Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon). Der Mangel liesse sich aktuell nur mit Personal aus dem Ausland decken. Dabei gebe es dreimal mehr Studiumsanwärter als Studienplätze an der UZH.

Reto Agosti, FDP-Kantonsrat aus Küsnacht und selbst Arzt, zeigte sich «hoherfreut über den Fortschritt dieses wichtigen Geschäfts». Gleichwohl äusserte er Bedenken, dass die zusätzlichen Studienplätze den Mangel nicht längerfristig beheben werden. «Sie entschärfen den Umstand wahrscheinlich nicht, dass auch in Zukunft rund zehn Prozent der Absolvierenden nicht im Beruf aktiv sein werden.»

Auch SP-Kantonsrätin Sibylle Jüttner aus Andelfingen sagte: «Mehr Studienplätze alleine lösen das Problem nicht.» Es gelte weiterhin, die Arbeitsbedingungen für die Ärzteschaft zu verbessern, damit diese auch im Beruf bleibe. Und Medizindoktorand Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon) warnte vor «Gärtli-Denken» in der Regierung: Neben der Bildungsdirektion seien auch die Gesundheitsdirektion und die Spitäler gefordert, genügend Ausbildungs- und Weiterbildungsplätze für die Absolvierenden zu schaffen.

Als weiteren Aspekt nannte Daniel Heierli (Grüne, Zürich) die unterschiedlichen Löhne in der Medizin. So verdienten just Ärztinnen und Ärzte in denjenigen Bereichen eher wenig, wo der Mangel am höchsten sei. Heierli

gab sich überzeugt: «Bei gewissen Spezialrichtungen wäre eine Lohnsenkung verkraftbar.»

«Wir müssen das Studium neu denken»

Auch für Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) ist es unbestritten, dass die Schweiz mehr Ärztinnen und Ärzte ausbilden müsse, um einen noch höheren Fachkräftemangel und eine grössere Abhängigkeit vom Ausland zu verhindern. Mit der heutigen Infrastruktur sei dies jedoch nicht möglich. «Wenn wir die Zahl der Studienplätze deutlich erhöhen und die exzellente Qualität der Ausbildung erhalten wollen, müssen wir das Studium neu denken und die Ausbildung modernisieren.»

Mit der Annahme des Kredits ist das Projekt nun aufgelegt. Bis 2036 ist mit weiteren Kosten zu rechnen. Der Regierungsrat schätzt mit maximal einer halben Milliarde Franken, die über die Jahre anfallen dürften. Wie er in der Vorlage schreibt, erwartet er von den übrigen Kantonen und dem Bund «eine anteilmässige Mitfinanzierung der Vollkosten». Ab 2037 kommen zudem jährliche Folgekosten für die Räume und das Personal von voraussichtlich 78,8 Millionen Franken hinzu.

Gebührenerlass nach Festivalabsage

Zürich Nach der Absage des diesjährigen Zürcher Pride Festivals soll die Stadt Zürich den Gastrobetrieben und Veranstaltern entgegenkommen. Der Stadtrat solle dazu beitragen, dass auch ohne Festival viele Partys stattfinden könnten – etwa durch Gebührenerlass.

Die Party ist zu Ende, bevor sie losging: Der Verein Zurich Pride Festival entschied vergangene Woche, das zweitägige Festival rund um die queere Demonstration am 20. Juni abzusagen. Auslöser war die Tatsache, dass viele grosse Unternehmen ihr Sponsoring für die Pride zuletzt reduzierten oder ganz beendeten.

Gemeinderatsmitglieder von SP und Grünen finden es aber wichtig, dass trotz Festivalabsage auch in diesem Jahr viele queere Veranstaltungen stattfinden. Die Pride sei ein politisches Statement und Ausdruck gelebter Vielfalt.

In einem Postulat fordern sie deshalb, dass die Stadt Veranstaltende, die mit eigenen Anlässen einspringen wollen, «pragmatisch unterstützt». Sicherheits- und Lärmschutzanliegen sollten nicht vernachlässigt werden, aber es sollten bürokratische Hürden abgebaut werden.

Insbesondere solle geprüft werden, ob Gebühren reduziert oder erlassen werden könnten. Ziel sei, dass solche Veranstaltungen niederschwellig stattfinden könnten. Das Parlament wird in einer der kommenden Sitzungen über den Vorstoss debattieren.

Die Zürcher Pride gibt es seit über dreissig Jahren. Sie gilt als bedeutendste LGBTQIA+-Veranstaltung der Schweiz. Auf die Pride-Demonstration hat die Absage des Festivals keinen Einfluss. (sda)



Die Pride-Demo gibt es auch 2026 noch – das dazugehörige Festival aber nicht mehr. Bild: Key

Mehr Arbeitszeit für Lehrer?

Sollen Lehrer für Extra-Arbeiten mehr Zeit erhalten? Ja, findet der Kantonsrat. Die Bürgerlichen fanden mit ihrem Antrag kein Gehör.

Die am Montag von bürgerlicher Seite im Kantonsrat erneut losgetretene Debatte hat daran nichts geändert: Der Kantonsrat gewährt Lehrpersonen definitiv mehr Zeit für Extra-Arbeiten wie Elterngespräche, Lagerorganisation oder Konfliktgespräche. Das letzte Wort dürfte nun aber das Volk haben.

In der Schlussabstimmung der zweiten Lesung nahm das Parlament die Vorlage knapp mit 90 zu 87 Stimmen an.

Der neue Berufsauftrag wird demnach in vier Punkten verbessert: Die Klassenlehrpersonen werden gestärkt werden, indem deren Stundenpauschale von 100 auf 160 Stunden im

Jahr erhöht wird. Um den Bedarf an Lehrpersonen besser zu decken, beschloss der Rat zudem, den minimalen Beschäftigungsgrad von 35 auf 40 Prozent zu erhöhen. Und schliesslich sollen zwei weitere



Der Kantonsrat diskutierte über die Arbeitsbedingungen.

Bild: Keystone/Gaetan Bally

administrative Massnahme entlastend wirken.

Der Schlussabstimmung ging aber eine erneute Debatte über die Arbeitsbedingungen aller Lehrpersonen voraus, denn der Rat unterstützte den Rückkommensantrag von Marc Bourgeois (FDP, Zürich).

Er wolle der Vorlage eine «letzte sichere Chance» geben, sagte Bourgeois. Und beantragte, eine Klassenlehrpauschale von 140 Stunden und einen unveränderten Lektionenfaktor von 58. Damit solle ein «tragfähiger Kompromiss» verabschiedet werden, der für die Hauptbetroffenen finanzpolitisch «gang- und machbar» sei, sagte Bourgeois. Zudem

würde diese Variante ein Referendum unwahrscheinlich machen.

Bereits 60 Gemeinden hätten angekündigt, das Referendum zu ergreifen, würde der Antrag nicht durchkommen, sagte Stefan Schmid, (SVP, Niederglatt).

«Wir fürchten uns nicht vor Referendum»

Den Sorgen der Gemeinden werde keine Beachtung geschenkt, sagte Jörg Kündig (FDP, Gossau). Die SVP werde ein Referendum unterstützen, sagte Rochus Burtscher (SVP, Dietikon). Er bezeichnete den Antrag der FDP, welchen auch die Mitte unterstützte, «einen

tragfähigen Kompromiss», auch wenn er erst später gekommen sei. Denn er verhindere massive Mehrkosten für die Gemeinden.

Doch der Antrag fand keine Mehrheit, er scheiterte mit 87 zu 90 Stimmen.

Die Ratslinke ärgerten sich über den «überfallartigen Änderungsantrag der FDP», wie ihn Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) bezeichnete. Sie liess sich aber vom angekündigten Behördenreferendum nicht einschüchtern. «Ob das Referendum ergriffen wird oder nicht, ist ein demokratischer Mechanismus. Davor fürchten wir uns nicht», sagte Markus Schaaf (EVP, Zell).

Die in erster Lesung beschlossene Variante, die Pauschale von heute 100 auf neu 160 Stunden und den Lektionenfaktor von 58 auf 59 zu erhöhen, sei bereits ein Kompromiss, so mehrere Ratsmitglieder.

Und dieser Kompromiss sei nicht die ideale Variante, aber das «unterste Minimum», welches die Grünen verantworten können, sagte Livia Knüsel (Grüne, Schlieren).

Weiter verabschiedete der Kantonsrat am Montag ebenfalls in zweiter Lesung einstimmig die Änderung des Bildungsgesetzes, mit denen Stipendiengesuche künftig speditiver abgewickelt werden können. (sda)